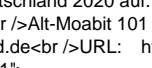




IT-Planungsrat ebnet Weg für föderale Zusammenarbeit und will gemeinsam IT-Sicherheit erhöhen

IT-Planungsrat ebnet Weg für föderale Zusammenarbeit und will gemeinsam IT-Sicherheit erhöhen
Die Themen IT-Sicherheit sowie Möglichkeiten der föderalen Zusammenarbeit standen im Mittelpunkt der heutigen 12. Sitzung des IT-Planungsrats in München. "Die Digitalisierung der Gesellschaft stellt die Verwaltungen vor Herausforderungen, die wir nur gemeinsam, ressortübergreifend und für alle Gebietskörperschaften lösen können. Dies zeigt sich insbesondere bei der aktuellen Diskussion zur Sicherheit im Cyberraum". Mit diesen Worten kommentierte der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung und Vorsitzende des IT-Planungsrats, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, die Beschlüsse vom heutigen Tag. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen zu PRISM und Tempora unterstrich der IT-Planungsrat die Notwendigkeit, die der Verwaltung vom Bürger anvertrauten Daten zu schützen. Dr. Hans-Peter Uhl, Mitglied des Deutschen Bundestages und des Parlamentarischen Kontrollgremiums, informierte den IT-Planungsrat in diesem Zusammenhang über aktuelle Entwicklungen. Konkret wird der IT-Planungsrat prüfen, inwieweit bei öffentlichen Vergaben von IT-Sicherheitsprodukten rechtlich und technisch höhere Standards eingeführt werden können. Die Sicherheit des Betriebs von Verwaltungsnetzen soll erhöht werden. Daneben beschloss der IT-Planungsrat eine Strategie für elektronische Identitäten und andere Vertrauensdienste für das E-Government, durch die insbesondere der Einsatz des neuen Personalausweises als Schriftformersatz gefördert werden soll. Auf der Agenda steht darüber hinaus die Förderung föderaler IT-Kooperationen. Die jährlichen IT-Ausgaben der gesamten öffentlichen Verwaltung in Deutschland werden auf 17 bis 23 Milliarden Euro geschätzt. Auch als Konsequenz einer notwendigen Haushaltskonsolidierung müssen diese Mittel effizienter eingesetzt werden. Bis Juni 2014 sollen hier konkrete Vorschläge für die organisatorische Zusammenarbeit unter Berücksichtigung des Vergaberechts erarbeitet werden. Auf der heutigen Sitzung des IT-Planungsrats wurden außerdem die ersten Ergebnisse der Studie "Zukunftspfade Digitales Deutschland 2020" vorgestellt. Die Studie soll eine Antwort darauf geben, welche Herausforderungen sich aus der Digitalisierung unserer Gesellschaft für Politik und Verwaltung ergeben. Anhand von vier übergreifenden Querschnittsthemen (Infrastruktur, Mobilität, IT-Sicherheit und digitale Souveränität) und sechs ausgewählten Handlungsräumen (Arbeiten, Gesundheit, Wohnen und Energie, Konsum, eGovernment und Bildung) zeigt die Studie Zukunftspfade in das Digitale Deutschland 2020 auf. Die Studie wird am 4. November 2013 in Berlin offiziell vorgestellt. Bundesministerium des Innern (BMI) Alt-Moabit 101 D 10559 Berlin
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023/-1089
Telefax: +49 30 18681-1083
Mail: presse@bmi.bund.de
URL: <http://www.bmi.bund.de>


Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.